

APRIL '19/NR. 2

GREENFO

MAGAZIN DER GRÜNEN SCHWEIZ



- STEUERVORLAGE (STAF): KANTONAL, NATIONAL UND GLOBAL NICHT VERTRETBAR 3 & 4
- «NETZWERK GRÜNE FRAUEN*» GIBT DER GLEICHSTELLUNG SCHUB 5
- KLIMA: GLETSCHER-INITIATIVE, KLIMASTREIK UND EINE GRÜNE KLIMAOFFENSIVE 6 & 7



ZUM STEUERBSCHISS

EIN KLAARES NEIN!



Der frischgebackene Regierungsrat Martin Neukom, die Hoffnungskandidatin Korintha Bärtsch und der wiedergewählte Regierungsrat Isaac Reber (nicht im Bild) waren die grünen Wahl-Lokomotiven in Zürich, Luzern und Baselland.

UND NUN GEMEINSAM DIE CHANCE PACKEN

Die GRÜNEN sind schon seit vielen Jahren erfolgreich unterwegs. Doch noch nie habe ich eine solche Aufbruchstimmung erlebt. Und noch nie waren wir GRÜNE so zahlreich in den kantonalen Parlamenten vertreten wie heute – nach den Erdrutschsiegen in den Kantonen Zürich, Luzern und Baselland. Überall spriesst und blüht die grüne Idee. Ein beflügelnder Erfolg!

Es liegt Veränderung in der Luft – und das ist kein Zufall. Denn zwei grosse soziale Bewegungen unterstützen unsere jahrelange Überzeugungsarbeit. Da ist zuerst einmal die Klimastreik-Bewegung (siehe auch Seite 7). Die jungen Menschen verändern eingestorete Denkmuster und

die Spielregeln der Kommunikation. Wer kann vor den Augen einer 16-Jährigen noch ungebremsstes Wachstum ohne Rücksicht auf die natürlichen Ressourcen predigen? Wer kann fossile Gewohnheiten verteidigen, wenn junge Menschen ihr Recht auf eine Zukunft fordern? Auch die alten Klischees über die GRÜNEN verlieren in der neuen Dynamik jede Kraft. Als «gereift und seriös» bezeichnen uns die Medien. Grüne Lösungen sind aktueller denn je – und im Kampf gegen die Klimakrise wegweisend. Setzen wir uns nun leidenschaftlich und kompetent für ihre Umsetzung ein!

Auch die Frauenbewegung ist wieder erwacht. Im März haben wir im Bundes-

haus das «Netzwerk grüne Frauen*» gegründet (siehe Seite 5). Gemeinsam bereiten wir uns auf den Frauen*streik vom 14. Juni und auf die nationalen Wahlen vor. Denn im Herbst wollen wir im nationalen Parlament nicht nur die Mehrheitsverhältnisse ändern. Wir wollen auch endlich das Versprechen der Demokratie einlösen: Demokratie ist, wenn Frauen und Männer die gleichen Chancen und Rechte haben. Helft alle mit beim grossen Sprung nach vorne!

Regula Rytz
Präsidentin GRÜNE Schweiz,
Nationalrätin BE
@RegulaRytz

KLIMA: PUBLIC HEARING AM 24. MAI 2019

Impressum

Greenfo – Magazin der GRÜNEN Schweiz,
Waisenhausplatz 21,
3011 Bern, Tel.: 031 326 66 00,
www.gruene.ch, gruene@gruene.ch,
PC 80-26747-3
Auflage: 5500 Exemplare
Redaktion: Natalina Töndury
Grafik: Roman Gugger
Druck: Bubenberger Druck
Fotos: Ben Zumbühl (1, 3, 5),
Béatrice Devènes (Porträts Fraktion),
Thomas Schwager (6, 7)

Das Thema Klimaschutz ist – spätestens seit dem letztjährigen Dürresommer und seit Beginn der von der schwedischen Schülerin Greta Thunberg initiierten weltweiten Klimastreiks – in aller Munde. Der Druck auf die Politik, endlich wirksame Massnahmen zu planen und umzusetzen, steigt. Das ist gut so, denn es muss endlich etwas gehen! Debattieren Sie am Public Hearing mit den grünen Parlamentarier*innen, Wissenschaftler*innen und Mitgliedern der Klimastreik-Bewegung über die wichtigsten Fragen: Was braucht es jetzt von Politik, Forschung und Gesellschaft, damit wirksamer Klimaschutz Realität wird? Wie können wir den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern meistern? Bis wann? Und was bedeutet diese Weichenstellung für unsere Gesellschaft?

Zeit und Ort: 18.30 bis 20 Uhr; Französische Kirche, Predigergasse 3, Bern
Weitere Informationen: www.gruene.ch/events

ZUM NEUEN STEUERBSCHISS EIN KLARES NEIN!

Im Frühling zahlen die grössten Unternehmen in der Schweiz 40 Milliarden Franken Dividenden aus. Und zwar mehrheitlich an Aktionäre und Aktienfonds im Ausland. Gleichzeitig stimmen wir über eine massive Senkung der Unternehmensgewinnsteuern ab – auf Kosten der Bürger*innen. Ein Nein am 19. Mai kann den Abbau stoppen.



2017 hat die Bevölkerung die Unternehmenssteuerreform (USR III) klar abgelehnt. Nun wird die versalzene Suppe unter dem Namen «Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)» noch einmal serviert. Um sie diesmal schmackhafter zu machen, wurde gleichzeitig eine Finanzspritze für die AHV beschlossen. Die Stabilisierung der AHV ist richtig. Aber nicht gekoppelt an eine Senkung der Unternehmensgewinnsteuern von über 2,1 Milliarden Franken! Denn nicht nur die AHV braucht zusätzliche Finanzmittel. Auch die Kantone und Gemeinden brauchen genügend finanzielle Ressourcen: Einen Abbau bei Spitex, Bildung, Ergänzungsleistungen oder Pflegefinanzierung können wir uns nicht leisten.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Die Schweiz ist die Lokomotive des internationalen Steuerwettbewerbs. Auf Druck der OECD muss sie besonders schädliche Steuerprivilegien abschaffen. Das ist dringend. Doch wie bei der gescheiterten USR III wird die Reform dazu missbraucht, um bisher normal besteuerte Unternehmen um rund 4,5 Milliarden Franken jährlich zu entlasten. Der Trick geht so: Der Abbau der Privilegien wird mit der Ein-

führung einer «Patentbox» und neuen Abzügen versüsst. Das reduziert den steuerbaren Gewinn. Gleichzeitig subventioniert der Bund Gewinnsteuersenkungen in den Kantonen. Von diesen zwei Schritten profitieren nicht nur die multinationalen Konzerne, sondern alle Unternehmen der Schweiz. Die Folge davon: ein Verlust von 2,1 Milliarden Franken Steuereinnahmen. Jährlich. Bei der USR III waren es noch 2,7 Milliarden Franken. Trotz kleiner Korrekturen ist die STAF also nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen. Der Volkswille wurde nicht ernst genommen und die Grundprobleme bleiben.

Kannibalismus zwischen den Kantonen

Das Hauptproblem der STAF ist der daraus resultierende Abbau des Service public. Und das Anheizen des globalen und kantonalen Steuerdumping-Wettbewerbs. Auf globaler Ebene entzieht das Steuerdumping den Entwicklungsländern wichtige finanzielle Ressourcen. Auf nationaler Ebene schadet es einem Grossteil der Kantone: Denn von der STAF profitieren nur einige wenige Kantone, die auf höhere Steuereinnahmen aufgrund der milliarden schweren früheren Statusgesellschaften zählen können. Basel-Stadt zum Beispiel, oder

Zug. Alle anderen planen aus «Wettbewerbsgründen» nicht finanzierbare Tiefsteuersätze ein. Der Kanton Solothurn beispielsweise will die Gewinnsteuern halbieren und verliert fast 90 Millionen Franken pro Jahr. Auch in Genf, Zürich oder Bern kämpfen GRÜNE gegen die Steuerdumping-Spirale.

Setzen wir diesem Spuk gemeinsam ein Ende mit einem Nein zur Steuervorlage am 19. Mai. Unterstützen Sie jetzt die Abstimmungskampagne auf www.gruene.ch/staf



Regula Rytz
Präsidentin GRÜNE Schweiz,
Nationalrätin BE
@RegulaRytz

Steuergeschenke für Grosskonzerne?



NEIN

**zum erneuten
Steuerbschiss**

www.staf-nein.ch

BERN SAGT

NEIN ZUM STEUERDUMPING!

Nach dem deutlichen Nein des Kantons Bern zur nationalen Unternehmenssteuerreform III im Jahr 2017 folgte im November 2018 ein weiteres, kantonales Nein zur Senkung der Gewinnsteuern. Das interkantonale Steuerdumping auf Kosten des Service public muss endlich gestoppt werden!



Die Revision des kantonalen Steuergesetzes hätte in 99 Prozent der Berner Gemeinden zu Steuerausfällen geführt.

Die Revision des kantonalen Steuergesetzes beabsichtigte im Kanton Bern Steuersenkungen für die Unternehmen mit den höchsten Gewinnen. 161 Millionen Franken Einnahmen hätten in der Kantonskasse und in den Gemeinden

jährlich gefehlt. Dabei hat der permanente Abbau von öffentlichen Leistungen für die Bevölkerung schon jetzt drastische Auswirkungen: Der Kanton hat im November 2017 das fünfzehnte Sparprogramm durchgeführt und bei

den Leistungen für Menschen mit Behinderung, bei der Spitex und bei der Pflege im Alter gespart. Diese un-solidarische Politik zeigt deutlich, dass Steuergeschenke für Grosskonzerne auf Kosten der Schwächsten gehen.

Ruinöses Steuerdumping

International betrachtet ist die Schweiz für Unternehmen ein Steuerparadies. Der ruinöse Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen führt zu einer endlosen Abwärtsspirale. Das interkantonale Steuerdumping auf Kosten des Service public muss gestoppt werden. Und dafür braucht es im kommenden Mai auch national ein klares Nein zur Steuervorlage (STAF)!



Natalie Imboden
Co-Präsidentin GRÜNE Kanton
Bern, Grossrätin
@natalieimboden

EU-WAFFENRICHTLINIE

ZAGHAFT – ABER WICHTIG

Die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie ist lediglich ein zaghafter Schritt. Trotzdem ist er wichtig. Denn jeder Schritt hin zu einer besseren Kontrolle der Waffen ist förderlich für die Sicherheit.

Sie hat das Blut in Wallung gebracht, die EU-Waffenrichtlinie. Bei den Menschen, die immer noch der Meinung sind, dass eine Waffe zuhause zur DNA von uns Schweizer*innen gehört. Und bei den Politiker*innen, die alles, was mit den zwei Buchstaben E und U verbunden ist, kategorisch ablehnen. Dabei ist die Übernahme der Richtlinie lediglich ein kleiner Schritt für mehr Sicherheit vor Waffenmissbrauch. Und zudem grundlegend für das Weiterbestehen des Schengen-Abkommens. Schengen/Dublin, also die Zusammen-

arbeit europäischer Staaten in den Bereichen Justiz, Polizei, Visa und Asyl, hat für die Schweiz nicht nur sicherheitsrelevante Bedeutung. Sondern ermöglicht beispielsweise auch die Personenfreizügigkeit und somit unsere Reisefreiheit. Der Grund für die EU-Waffenrichtlinie – und für die damit verbundene Verschärfung der Waffenfreigabe – liegt in den schrecklichen Anschlägen der letzten Jahre. Es ist also nachvollziehbar, dass die EU bezüglich Schengen gesetzlichen Handlungsbedarf erkannt

hat. Dass die Waffen weniger in falsche Hände gelangen, ist ein wichtiger Anfang. Der schon lange überfällige Schritt wäre eine Registrierung der Waffen. Und für uns GRÜNE ist schon seit jeher klar: Waffen gehören komplett abgeschafft. Leider steht das heute aber (noch) nicht zur Diskussion.



Aline Trede
Nationalrätin BE
@alinetrede

« Wir wollen Neues erfahren, unsere eigenen Ideen einbringen und uns austauschen können. Ich wünsche mir Impulse für kleine, schnell umsetzbare Projekte. »

Marlyse Graf Zaugg, Mitglied des Netzwerks, Kanton Waadt

« Für mehr Gleichstellung braucht es nicht nur unsere beharrliche Arbeit im Parlament, sondern auch starke und kompetente Aktivist*innen. Und mehr GRÜNE im Bundeshaus! »

Sibel Arslan, Nationalrätin und Co-Koordinatorin des Netzwerks

« Die Gleichstellung kommt nur im Schneckentempo voran. Das wollen wir grünen Frauen* mit vereinten Kräften ändern! »

Irène Kälin, Nationalrätin und Co-Koordinatorin des Netzwerks

« Wir brauchen neues Feuer, die Frauenfrage muss verstärkt im Parlament behandelt werden. Dafür brauchen wir dieses Netzwerk. »

Trudy Bürgi, Mitglied des Netzwerks, Kanton Uri

Vormerken:
Am 14. Juni
findet der nationale
Frauen*streik statt!
Mehr Informationen:
www.gruene.ch/frauenstreik

VERNETZT FÜR DIE GLEICHSTELLUNG

Am 16. März haben sich mehr als 130 grüne Frauen* im Bundeshaus getroffen und das «Netzwerk grüne Frauen*» gegründet. Das Netzwerk fördert die Vernetzung unter grünen Frauen*, koordiniert die regionalen Gleichstellungsengagements und unterstützt junge Frauen* beim Einstieg in die Politik. Werden auch Sie Mitglied des Netzwerk grüne Frauen* – gemeinsam geben wir der Gleichstellung Schub!

Mehr Infos und mitmachen: www.gruene.ch/frauen

CANNABIS REGULIEREN STATT KRIMINALISIEREN

Eine Initiative zur Entkriminalisierung von Cannabis steht in den Startlöchern. Sie kommt zur richtigen Zeit: Der Sinneswandel in der Bevölkerung und die positiven Erfahrungen in anderen Ländern sprechen für die Legalisierung und Regulierung von Hanf und Hanfprodukten.

Die Schweizer Politik in Sachen Cannabis gleicht einem grossen Basar. Das Cannabidiol (CBD) wurde mittlerweile legalisiert. Das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe wird je nach Kanton anders interpretiert. Und der Strassendeal geht weiter. Die Folge: horrende Sicherheits- und Gerichtskosten, mangelhafte Präventionspolitik, unzureichender Jugendschutz, ein florierender Schwarzmarkt mit völlig unkontrollierter Ware.

300 000 Menschen in der Schweiz konsumieren regelmässig Cannabis. Es ist also höchste Zeit, dass der Bund seine Vogel-Strauss-Haltung beendet. Und stattdessen seine Verantwortung wahrnimmt, indem er Cannabis analog dem hochprozentigen Alkohol reguliert. Anbau, Handel, Einfuhr und Verkauf müssen auf Bundesebene reglementiert und ein wirksamer Jugendschutz mit Mindestalter 18 eingeführt werden. Mit einer ordentlichen Besteuerung sind genügend finanzielle

Mittel für eine wirksame Prävention und für die Sozialversicherungen vorhanden. Wir GRÜNE werden die geplante und breit abgestützte Cannabis-Initiative mit diesen Vorgaben mittragen. Es ist höchste Zeit für einen (selbst)verantwortlichen Umgang mit Hanf.



Maya Graf
Nationalrätin BL
[@nr_mayagraf](https://twitter.com/nr_mayagraf)

GLETSCHER-INITIATIVE

NULL ÖL, GAS & KOHLE

Ein Wissenschaftsjournalist hält die Untätigkeit der politischen Mehrheiten nicht mehr aus. Er initiiert die Gletscher-Initiative. Sie ist ein Steilpass fürs Parlament, Ernst zu machen mit dem Klimaschutz. Das klappt – wenn der Grünrutsch bei der Klimawahl im Herbst stark genug ist!

Am Anfang stand das Pariser Abkommen zum Klimaschutz. «Das Epochenale am Abkommen von Paris ist der beschlossene Ausstieg aus der Energieform, die zweihundert Jahre lang der Motor der Weltwirtschaft war», schrieb der Wissenschaftsjournalist Marcel Hänggi vor drei Jahren. Sie ist in der Tat epochal, diese Weichenstellung, wie ein Blick in die Geschichte zeigt: Denn die industrielle Revolution – getrieben von der Ausbeutung fossiler Energien – hat nicht nur eine ganz neue Wirtschaftsweise hervorgebracht. Sie pflügte auch die Gesellschaft weltweit tiefgreifend um. Da wurden nicht einfach Menschen und Pferde ersetzt durch Dampfmaschinen und Motoren. Nein! Die ganze Produktionsweise wandelte sich, und mit ihr alle Besitz- und Machtverhältnisse.

Wir brauchen eine Klima-Revolution

Die Transformation vom fossilen Kapitalismus zu einer postfossilen Wirtschaft ist ein ebenso grosser Umbruch wie die kapitalistische Revolution, welche den Feudalismus ablöste. Aber

es gibt einen grossen Unterschied. Die Überwindung des Feudalismus mag – je nach philosophischer Auffassung – eine geschichtliche Notwendigkeit gewesen sein. Der Weg zu einer postfossilen Gesellschaft ist zwingend. Und es eilt: Die Klimakrise ist schon in vollem Gang. Und es drohen Kipp-Effekte, welche die schon heute rasante Entwicklung weiter zuspitzen.

Die Zeit drängt. Zwar noch nicht sofort für den Menschen als Art. Aber für die Menschheit, verstanden als Zivilisation. Was aber heisst das, «für die Zivilisation»? Vielleicht sprechen wir ganz einfach vom Wunsch der Menschen, friedlich zusammenleben zu können. Vom Respekt vor Werten, die auch in einer neuen Umwälzung Leitstern sein sollen: Freiheit. Gleichheit. Solidarität.

Klimagerechtigkeit als Chance

Als GRÜNE sind wir die politische Kraft, welche diese Umwälzung als Chance nutzen will: Um eine gerechtere Gesellschaft zu gestalten. Um eine Wirtschaft zu stärken, die nicht auf der Ausbeutung von Mensch und

Natur basiert. Klimagerechtigkeit statt Klimakrieg.

Wenn alles so bleibt, wie es ist, bleibt bald nichts mehr, wie es ist. Mich ermutigen darum Journalist*innen wie Marcel Hänggi, die plötzlich politisch aktiv werden. Schüler*innen, die plötzlich streiken. Wissenschaftler*innen, die plötzlich den Elfenbeinturm verlassen. Sie haben das begriffen.

Wir GRÜNE müssen die Gletscher-Initiative tatkräftig beim Sammeln unterstützen. Und alle, die unterschreiben, daran erinnern: Auch die Umsetzung der Gletscher-Initiative wird Sache des Parlaments sein. Darum ist es ebenso zentral, im Herbst GRÜNE zu wählen.

Bereits haben sich über 500 Klima-Aktivist*innen bei uns unter www.klima.gruene.ch gemeldet. Machen auch Sie mit!



Balthasar Glättli
Nationalrat ZH
Mitglied Initiativ-Komitee
@bglaettli



GRÜNE KLIMASCHUTZ-OFFENSIVE

In der Frühjahrsession haben wir GRÜNE ein **Vorstosspaket für mehr Klimaschutz** eingereicht. Mit folgenden Forderungen:

- **Klima-Warnhinweise bei Werbung für Flugreisen:** In der Werbung für Flugreisen soll künftig vor den Klimafolgen gewarnt werden. Vielen Reisenden ist nicht bewusst, dass der Flugverkehr das Klima massiv belastet.
- **Verbannung von Werbung für Flugreisen aus den Bahnhöfen**
- **Aufnahme von Nachtzügen in die SBB-Eignerstrategie des Bundes:** Das Angebot von Nachtzügen als Alternative zu innereuropäischen Flügen nimmt ab. Der Bund soll über die SBB Gegensteuer geben.
- **Einschränkung der Flugreisen von Bundesangestellten**
- **Pendlerabzug für klimaschonende Fahrten:** Künftig soll der Pendlerabzug in der Steuererklärung davon abhängen, wie stark die Fahrten das Klima belasten.
- **CO₂-Bremse bei allen Gesetzen:** Bei jedem neuen Gesetz soll dessen Auswirkung aufs Klima angegeben werden. Zudem soll ein klimaschädliches Gesetz erst verabschiedet werden dürfen, wenn ihm – analog der Ausgabenbremse – mindestens die Hälfte der Ratsmitglieder zugestimmt hat und nicht nur die Hälfte der anwesenden Mitglieder.
- **Keine staatlichen Subventionen für Fleischwerbung:** Der Fleischkonsum schadet dem Klima. Der Bund soll klimaschädliches Verhalten nicht fördern.

Zudem hat die Grüne Fraktion Vertreter*innen der Klimastreik-Bewegung getroffen, um die Forderungen der Schüler*innen in die Arbeit der Fraktion einfließen zu lassen und gemeinsam weitere Massnahmen für den konsequenten Schutz des Klimas zu initiieren. Wir bleiben dran!



Bastien Girod
Nationalrat ZH
@bastiengirod

junge grüne

WIR VON HEUTE FÜR UNS VON MORGEN

«Es geht um unsere Zukunft!» Ein unglaublich eindrücklicher Satz. Die Grösse des Problems scheint bekannt zu sein, doch wie können wir es gemeinsam lösen?



Klima-Aktivist*in Julia Hostettler

Es hat sich einiges geändert in der kleinen Stadt Solothurn.

Während meines Engagements für den Klimastreik spürte ich eine grosse Motivation und Leidenschaft. Ich hätte mir nie vorgestellt, dass wir Jungen die Stadt mit dieser Energie füllen könnten.

Nicht nur wird jetzt unter den Jugendlichen deutlich mehr über politische und gesellschaftliche Themen diskutiert. Es scheint auch, als ob die älteren Generationen nun endlich zuhören.

Man fühlt klar und deutlich: Die Klimastreik-Bewegung vibriert und will dem Klimawandel mit Überzeugung entgegenwirken. Die Politik kommt ihrem eigentlichen Sinn ein Stück näher: Wir von heute für uns von morgen.

Trotz der Kraft, die unsere Bewegung mit sich bringt, bleibt bei vielen Streikenden eine grosse Frage offen: Wird mein Streiken die gewünschte Wirkung erzielen? Und wo setzen wir an?

Nun müssen wir GRÜNE unsere Funktion wahrnehmen! Wir haben Lösungen, wir haben Ideen und wir haben Mut zur Veränderung. Es liegt an uns, zu informieren, die Lösungen zu vermitteln und für sie einzustehen. Mit unserer Erfahrung und Leidenschaft sowie der Kraft und Überzeugung der Streikenden können wir die Schweiz endlich verändern.

Julia Hostettler
Sprecherin Klimastreik Solothurn,
Vorstandsmitglied Junge Grüne SO
www.climatestrike.ch



WANDEL STATT WEITER SO

Katharina Schulze ist im deutschsprachigen Raum als leidenschaftliche und motivierende Powerfrau der GRÜNEN in Bayern bekannt. Sie führt die Grüne Fraktion im Bayerischen Landtag nun als Oppositionsführerin.

Ich finde, Bayern und die Schweiz sind sich ähnlich: reich an atemberaubender Natur, reich an vielseitiger Kultur und Geschichte, reich an wunderbaren Menschen. Damit das so bleibt, braucht es uns GRÜNE für neue Ideen und mit Mut zur Veränderung. Insbesondere im Angesicht von aussterbenden Tier- und Pflanzenarten, der Überhitzung des Erdklimas, der zunehmenden sozialen Spaltung, autoritärem Denken aber auch der Digitalisierung vieler Bereiche unseres Lebens. Gemeinsam haben wir es in der Hand, für eine gute Zukunft zu sorgen!

Hälfte der Macht den Frauen

Die Gesellschaft hält zusammen, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht. Wir GRÜNE kämpfen daher seit unserer Gründung für echte Gleichberechtigung, das ist mir ein echtes Herzensanliegen. Dazu wollen wir in Bayern aktuell das Wahlrecht ändern. Denn leider zeigen die Zahlen, dass es von selbst kaum vorwärts geht: Die Frauenanteile im Schweizer Nationalrat und im Bayerischen Landtag liegen bei knapp 30 Prozent. Seit dem Jahr 1971 können Frauen in der Schweiz wählen, seit dem Jahr 1919 in Bayern.

Ich finde, es ist jetzt Zeit, dass sich an der Besetzung der Parlamente etwas ändert. Es kann doch nicht sein, dass nach jeder Wahl der Anteil der Frauen im Parlament bei knapp einem Drittel rundpumpt, die konservativen Parteien ein betretenes Gesicht machen, dann Besserung geloben, aber nichts passiert. Damit muss Schluss sein! Die Hälfte der Macht, das ist kein grünes Versprechen mehr für eine ferne Zukunft. Das ist der Anspruch für uns und zwar heute. Ich gratuliere an dieser Stelle zur aktuellen Gründung des Netzwerks grüne Frauen* (siehe Seite 5).

Mut geben statt Angst machen...

... das war unser Motto im bayerischen Wahlkampf 2018. Und es spricht mir immer noch aus der Seele. Denn wir müssen uns als Gesellschaft klar werden: In welcher Art von Welt wollen wir leben? In einer Welt, in der wissenschaftliche Fakten vom Klimawandel der Massstab für die Politik sind? Oder in einer Welt, in der die 16-jährige Greta Thunberg mit Hass überschüttet wird, weil sie zurecht darauf hinweist, dass ein später Kohleausstieg nicht zu den

Klimazielen passt? In einer Welt, die sorgsam mit den natürlichen Lebensgrundlagen umgeht oder in einer Welt, in der jeder an seinen persönlichen, kurzfristigen Vorteil denkt? Oder in einer Gesellschaft, die mit Mut und klarer Haltung Zukunft schafft? Ich denke, die Antwort ist klar. Und klar ist auch, wer dafür sorgen muss, dass wir die richtigen Abzweigungen nehmen: wir GRÜNE. Deshalb macht ihr ja auch das diesjährige Wahljahr zur #Klimawahl2019. Ich finde es klasse, dass ihr euch vorrangig den Klimaschutz aber auch das soziale Klima auf die Fahnen schreibt!

Es gibt ein Zitat von Barack Obama, das es wunderbar auf den Punkt bringt: «Veränderung wird nicht kommen, wenn wir auf eine andere Person warten oder auf eine andere Zeit. Wir sind diejenigen, auf die wir gewartet haben. Wir sind die Veränderung, nach der wir suchen.» In diesem Sinne: Packen wir es an!

Katharina Schulze
Fraktionsvorsitzende
der GRÜNEN im
Bayerischen Landtag
@KathaSchulze